

Monatsbericht über die Entwicklung in Polen im März 1957

A. Innere Entwicklung	1
I. Politische Ereignisse	1
1. Die Revolution steuert zur Mitte	1
2. Morawski umreißt die neue Parteilinie	5
3. Die Parteien in Volkspolen	7
4. Grenzen der politischen Freiheit	9
5. Darf ein sozialistischer Staat bei Kapitalisten Kredite aufnehmen?	9
6. Sorgen mit der Jugend	10
7. Verminderung der Streitkräfte	11
II. Wirtschaft	12
1. Staatshaushaltsplan 1957	12
2. Fünfjahrplan wird revidiert	12
3. Oberschlesien in der polnischen Wirtschaft	12
4. Keine Abkehr von den sozialistischen Prinzipien im Sozialismus	12
5. Grenzen der privaten Initiative in der Industrie	13
III. Soziale Probleme	14
1. Der Staat kann nicht nachzahlen	14
2. Arbeitslosigkeit	15
B. Polen und Ausland	16
1. Grußbotschaft GOMULKA's an das ungarische Volk	16
2. Ein Publizist wird gerügt	17
3. Nachspiel des HARICH-Prozesses	18
4. Internationale Garantie	18
5. Repatriierungsabkommen Polen - UdSSR	19

I. Politische Ereignisse

1) Die Revolution steuert zur Mitte

Im Oktober 1956 stand es für GOMULKA fest, daß seine inneren Parteifeinde nur auf der Rechten standen. Über die Terminologie, was rechts bzw. links ist, war man sich in Warschau damals absolut einig. Die Stalinisten, also der bürokratische Parteiapparat, das waren die konservativen Kräfte, die es verhindern wollten, dass eine Erneuerung des Parteelebens vorgenommen wird, und diese bildeten den rechten Flügel in der Partei. Die Linke - das waren die Parteiintellektuellen, die Schriftsteller und die Parteijugend - gruppierte sich um die Zeitschrift "Poprostu" und andere Studentenorgane. Im Zentrum standen diejenigen, die GOMULKA im Oktober zwar unterstützt hatten, aber das nur aus opportunen Gründen (um dabei zu sein) - oder schweren Herzens taten, weil sie sonst die Bedrohung der Grundlagen des Systems befürchten mussten. Zu diesen Karrieristen gehörte beispielsweise das Politbüromitglied ZAMBROWSKI. Zu denen, die nur zögernd ihre Unterstützung gaben, gehörte u.a. der Vorgänger GOMULKAs, OCHAB, dem die Notwendigkeit zuwider war, viele, durch die Situation bedingte Konzessionen zu machen (Auflösung der Kolchosen, Versöhnung mit der Kirche, Förderung der privaten Initiative).

GOMULKA selbst vertrat in den ersten Tagen des Umschwunges die gemässigte Linke. In den darauffolgenden fünf Monaten hat sich aber GOMULKA ganz eindeutig immer mehr zur Mitte gewandt. Wenn man jetzt die Frage stellen würde, wo für ihn der Feind steht, so müsste die Antwort schon so lauten: An der Linken und an der Rechten, wobei die Reihenfolge: Linke und Rechte, nicht zufällig ist.

In GOMULKA hat der Staatsmann den Revolutionär besiegt. Man könnte darüber diskutieren, ob die staatsmännische Kunst GOMULKAs immer den richtigen Weg eingeschlagen hat. Er hat jedenfalls einen Weg genommen, der zunächst keine übertriebenen Risiken mit sich brachte. GOMULKA konnte eine grosse Erneuerungsarbeit in der Partei vornehmen. Das brachte gewisse grosse Risiken mit sich, und das konnte sogar die Gefahr einer sowjetischen Intervention auf den Plan bringen.

Es war eine lockende Aufgabe, die Sache so zu steuern, daß die im Oktober begonnene Erneuerung fortgeführt wurde, ohne gleichzeitig die russische Gefahr heraufzubeschwören. Die Erreichung dieses Zieles war nicht aussichtslos, obwohl das, wie schon gesagt, Gefahren mit sich brachte. Der Staatsmann GOMULKA wollte dieses Risiko aber nicht auf sich nehmen. Er hat darum eine Linie eingeschlagen, die nach seiner Meinung die Einheit und Geschlossenheit der Partei gewährleisten soll. Er meinte, wenn er das erreichen will, darf er sich nicht mit einem Parteiflügel identifizieren. So verliess er seine Oktoberpositionen - die wir als gemässigte Linke bezeichneten - und ging zum Zentrum. Aus dieser Position glaubt er, die Rolle des Arbeiters in der Partei

esser ausüben zu können.

Ob diese Rechnung aufgeht? - Daran kann man nach den bisherigen Erfahrungen zweifeln. Die derzeitige Lage ist so, daß statt einer Oppositionsgruppe in der Partei, nämlich die der Stalinisten und eines Teiles des Parteiapparates, GOMULKA es jetzt auch mit einer Opposition auf dem linken Flügel zu tun hat. Die Männer der Natolin-Gruppe wird er sowieso nie versöhnen können. Diese trachten nur danach, ihn zu vernichten. Die Linke wird allerdings schon aus eigenem Interesse nichts gegen GOMULKA unternehmen, da das, was nach ihm kommen würde, noch weniger dem Geschmack der Linken entsprechen würde. Aber sie sind verbittert und ziehen sich immer mehr zurück, statt nützlich zu sein.

Ihre Verbitterung ist um so begreiflicher, wenn man erfährt, daß sie augenblicklich die Hauptzielscheibe einer Kampagne sind, die von der offiziellen Parteipresse ausgeht. Es genügt, ein paar Zeitungen durchzublättern, und einige Berichte über den Verlauf der Parteikonferenzen in den Parteibezirken zu lesen. Jedem ist dann klar, welche Entwicklung sich anbahnt.

Nehmen wir die parteiamtliche "Trybuna Ludu" vom 8. März, in der über die Parteikonferenz in Breslau berichtet wird:

"Manche Genossen fragen, was gefährlicher ist: Konservatismus oder Revisionismus in der Partei? Beide sind gefährlich, aber besonders (Unterstreichun von 'Trybuna Ludu') gefährlich ist der Revisionismus, weil seine Wurzeln in den parteifeindlichen Ansichten, in dem Druck der feindlichen Kräfte liegen, und weil sie die ideologischen und organisatorischen Grundlagen der Partei bedrohen."

Das Wort "Stalinismus", wie auch das Wort "Stalinisten" sind aus den Spalten der Parteipresse völlig verschwunden. Man schreibt jetzt seltener vom Konservatismus, aber neuerlich öfter vom Dogmatismus. Für die Linke hat man dagegen gleich zwei neue Bezeichnungen erfunden: Revisionisten und eine noch gehässigere: Liquidatoren.

Der Kampf gegen die Revisionisten wird begreiflicherweise nicht nur von der Parteimitte geführt. Die "Dogmatiker" - lies: Stalinisten - haben schnell begriffen, wie nützlich für sie der Kampf gegen die Linke ist und haben sich in diesen sofort eingeschaltet. Man kann leicht erraten, worauf sie spekulieren. Bekanntlich kann die Mitte nur dann existieren, wenn sie auf beiden Seiten durch je einen Flügel flankiert ist. Im Kampf dieser beiden Flügel kann die Mitte das Zünglein an der Waage bleiben. Ist aber der linke Arm abgeschnitten, so kann sich die Mitte eines Angriffes der Rechten kaum erwehren. Die Stalinisten glauben also, dass der Kampf gegen GOMULKA leichter zu führen sein wird, wenn ein Gegengewicht fehlt. Das Zünglein an der

Waage muss sich dann unweigerlich nach rechts drehen...

Am 17. März 1957 bringt "Trybuna Ludu" dann einen Bericht über die Parteikonferenz in Warschau. Dort lesen wir:

"Kürzlich fand im Bezirkskomitee Warschau Stadt-Mitte eine Beratung statt. Referat und Diskussion drehten sich fast ausschliesslich um den Kampf gegen den Revisionismus. Man sprach u.a. über die Notwendigkeit einer richtigen Einschätzung der Rolle Stalins, wie sie vor dem XX. Parteitag in Moskau war, um sie wiederherzustellen. Man sprach auch davon, daß seit dem Tode des Genossen Bierut (ehemaliger Parteichef, gestorben im März 1956) unsere Partei ein Minussaldo aufzuweisen hat. Man sprach ebenfalls davon, daß in der Zeit des Persönlichkeitskultes die Arbeiterklasse zumindestens nicht entwaffnet war. Man sprach weiter davon, daß die Ungleichheiten zwischen uns und der SU nur aus unserer Schuld entstanden seien. Und alle Genossen, die in dieser Angelegenheit anderer Meinung waren, wurden von den Hauptdiskussionsrednern als Feinde bezeichnet, und man forderte Respressalien gegen sie. Eine derartige wirklichkeitsfremde Haltung im Bezug auf eine solche Propaganda der Freundschaft mit der SU, wie sie die Genossen aus Warschau Stadt-Mitte demonstrierten, ruft jedoch eine Reaktion hervor, die der erwarteten entgegengesetzt ist."

Diese Zitate genügen, um sich eine Vorstellung zu machen, wie stark sich der alte Apparat wieder fühlt. Und das geschieht gerade in Warschau mit der politisch reifen Arbeiterschaft, die noch frische Erinnerungen an die entscheidenden Tage des "Polnischen Oktobers" hat. Das geschieht in der Stadt, wo noch vor kurzem STASIEWSKI an der Spitze des Parteiapparates stand (vgl. Februarbericht), dort wagt eine Gruppe von Parteifunktionären eine derartig provokatorische Haltung und bekommt dafür von dem offiziellen Parteiorgan keine Rüge. Die Haltung dieser Gruppe wird lediglich als wirklichkeitsfremd bezeichnet.

Das Bezeichnende dabei ist, daß sich die Angriffe der Funktionärsgruppe aus Warschau Stadt-Mitte im Grunde genommen nicht nur gegen die Linke sondern auch gegen den im Zentrum sitzenden GOMULKA richten. Schon allein dieser Vorfall müßte ausreichen, um GOMULKAs Sinn zu schärfen. ^{Sollte GOMULKA diese Gefahr eingesehen haben,} so hat er jedenfalls das nach aussen hin nicht merken lassen. Wahrscheinlich ist, daß er diese Gefahr genau so unterschätzt, wie er manche andere Gefahren zu überschätzen geneigt ist (auch diesbezgl. vgl. Februarbericht).

GOMULKA glaubt, zurzeit stark genug zu sein, um den Kampf gegen beide Oppositionsflügel wagen zu können. Der "junge Mann" des polnischen Politbüros Jerzy MORWASKI, veröffentlichte im Märzheft des theoretischen Parteiorgans

"Nowe Drogi" einen Beitrag - wir zitieren ihn in diesem Bericht an anderer Stelle ausführlich - und schreibt dort u.a.:

"Manchmal taucht die Frage auf: Muss man denn gleichzeitig gegen die beiden Abweichungen (gemeint sind Dogmatismus und Revisionismus) den Kampf führen? Würde es nicht zweckmässiger sein, jetzt nur den Dogmatisten den Krieg zu erklären, und erst nachdem er besiegt ist, den Kampf gegen die Revisionisten aufnehmen? Oder umgekehrt? Dies bedeutet die Frage auf den Kopf zu stellen. Man kämpft nicht gegen die Gefahr, die man zu bekämpfen gerade Lust hat, sondern gegen die, die in Wirklichkeit existiert. Die Tatsache ist aber, daß in vielen Parteiorganisationen im Lande gleichzeitig beide Gefahren existieren.

Auch eine andere Frage wird gestellt: Was ist nun für die Partei gefährlicher: Dogmatismus oder Revisionismus? Die Antwort kann nur lauten: Es kommt darauf an: Wann und Wo. Z.B. während des VIII. Plenums war die Gefahr des konservativen Dogmatismus zweifellos grösser. Sie lähmte die Handlungsfreiheit der Partei und ihrer Leitung. Aber jetzt nach dem VIII. Plenum kann man zu den alten Methoden nicht so leicht zurückkommen.

Aber neben dem Dogmatismus erscheint die Gefahr des Revisionismus, der die Grundlage unserer Politik angreift, die Parteiorganisationen dem politischen Feind gegenüber entwaffnet, die Wachsamkeit der Arbeiterklasse schwächt..."

MORAWSKI bestätigt also ganz deutlich, daß die Hauptaufmerksamkeit jetzt dem Kampf mit der Linken gewidmet ist. Wenn GOMULKA dadurch die Herren vom Kreml beschwichtigen und ihnen gleichzeitig beweisen will, daß er ein echter Kommunist ist, was im Oktober von russischer Seite bezweifelt wurde, so hat er damit zumindest nach außen hin einen Erfolg. Die Russen bemühen sich ihrerseits in letzter Zeit sichtlich, GOMULKA zu helfen, indem sie ihre wirtschaftlichen Verpflichtungen reibungslos erfüllen. Kürzlich wurde ein Repatriierungsabkommen mit der SU abgeschlossen, das sogar die polnischen Erwartungen übertroffen hat. Bei jeder Gelegenheit bemühen sie sich zu betonen, daß sie echte Freunde Volkspolens sind, im Gegensatz zu den westlichen Imperialisten, die die wirtschaftliche Hilfe für GOMULKA immer mehr hinauszögern.

Aber der in seinen inneren Machtkampf verwickelte und auf die guten Beziehungen zur SU bedachte GOMULKA scheint einer anderen Frage zu wenig Aufmerksamkeit zu schenken. Ausser den Parteifractionen, ausser dem sowjetischen Nachbarn, gibt es noch die Massen der kleinen Parteimitglieder, die Massen der Arbeiterschaft und des polnischen Volkes.

Nach der Revolte in Posen, nach dem "polnischen Oktober", nach dem heldenhaften Freiheitskampf des ungarischen Volkes scheint es nicht ratsam zu sein, in Polen gegen den Willen des Volkes zu regieren. Die langsame Entfernung von der Oktoberlinie hat die Massen der Bevölkerung bis jetzt eigentlich nicht betroffen. Der mit seiner materiellen Not schwer kämpfende Durchschnittsmensch in Polen interessiert sich wohl mehr für die Möglichkeit einer Lohnerhöhung, als für die Tatsache, daß in der Grußadresse GOMULKAs an das ungarische Volk Formulierungen erschienen sind, die man eigentlich als schändlich betrachten muß (vgl. Abschnitt "Polen und Ausland") in diesem Bericht). Aber das langsame Verlassen mancher Oktoberposition bleibt deshalb nicht unbemerkt. Von dieser Seite könnte für GOMULKA eine Gefahr kommen, die viel stärker ist, als die vermeintliche Gefahr des Revisionismus. Das Volk leidet noch geduldig wirtschaftliche Not, weil es jetzt mehr Freiheit hat und noch mehr Freiheit erhofft. Sollte diese Hoffnung enttäuscht werden, so wird GOMULKA vor neuen Problemen stehen, die er durch keinen inneren Parteikampf beseitigen können wird.

2) MORAWSKI unreit die neue Parteilinie

In Mrzhft des theoretischen Parteiorgans "Nowe Drogi" erschien ein Artikel, in dem die neue Parteilinie unrissen wird. In dem Artikel heißt es u.a.:

"Die Hauptursache für die Passivität und abwartende Haltung, die bei einem bestimmten Teil des Parteiaktivs beobachtet werden kann, ist mangelndes Verständnis oder gar Mißtrauen in bezug auf die neue Politik der Partei.

Dieses Mißtrauen kommt von zwei Seiten: Die einen hegen Zweifel, ob die von der Parteileitung auf dem VIII. Plenum proklamierte und nunmehr in die Tat umgesetzte Erneuerung auch hinreichend sei und ob nicht ein Rückfall zu den alten Methoden drohe. Etliche gelangen sogar zu der Konzeption von irgendeiner "unbegrenzten" Demokratie in der Partei und im gesamten gesellschaftlichen Leben. Sie erliegen damit den Stimmungen der verschiedensten Bevölkerungskreise, machen sich nicht die Mühe, zu untersuchen, woher diese oder jene Tendenzen kommen, ob sie fortschrittlich sind oder ob sie einen Mangel an politischem Bewußtsein bzw. der Einwirkung einer fremden Ideologie entspringen und geben damit in der Praxis die führende, leitende Rolle der Partei preis.

Andere wiederum sind sich bisher noch nicht bewusst geworden, daß all das, was wir als System des 'Personenkultes' bezeichnen, eine Abkehr von Leninismus war, unsere Bindungen mit den Massen untergrub und faktisch die Diktatur des Proletariats schwächte. Diese Leute befürchten, daß unsere gegenwärtige Politik, welche diese krankhaften Erscheinungen

Grundmarkt und abgelehnt hat, eine Art Abkehr vom Sozialismus sei. Indem wir die Fehler oder veralteten Begriffe beseitigen, müssen wir uns davor hüten, die Grundlagen, auf die sich unsere Bewegung stützt, zu unterhöhlen, die Grundlagen, die richtig waren und bleiben. Dann würde nämlich, selbst wenn sie jemand als Vorposten des Fortschritts betrachtete, seine Tätigkeit objektiv den uns klassenmäßig fremden Kräften dienen; Kräften, die danach trachten, uns zur bürgerlichen Ordnung zurückzuziehen. Man muß stets den Klassenkampf und seine rohen und harten Anforderungen im Auge behalten.

Es gibt auf den Gegenpol Genossen, die die Demokratie so predigen, als wäre der Klassenkampf erloschen, als gäbe es bei uns keine politischen Einflüsse, namentlich keine ideologischen Einflüsse des Klassenfeindes mehr. Die Sorglosigkeit dieser Genossen in der Frage der Herausbildung unseres Regierungssystems erinnert zuwilen an das russische Sprichwort: "Ich weiß nicht, wohin ich gehe, ich schreite aber entschlossen aus."

Es darf nicht zugelassen werden, daß der berechtigte Angriff gegen den Bürokratismus unter der Losung des Kampfes gegen die "Bürokratenschicht" etwa in einen Angriff gegen unseren Machtapparat überhaupt umschlägt, was nur den Feinden dienen und das Funktionieren dieses Apparates schwächen und lähmen würde.

Unsere Demokratie ist eine sozialistische Demokratie, d.h. eine Demokratie, die die Entwicklung des Sozialismus fördert. Eine solche Demokratie kann in der Übergangsperiode, in der Periode des sozialistischen Aufbaus der Gesellschaft keinerlei 'freies Spiel der Kräfte' gewährleisten und tut es auch nicht, gestattet keine Freiheit für die Feinde der Freiheit des Volkes, für die Feinde der Arbeiterklasse, für die Feinde des Sozialismus.

In manchen Diskussionen und Presseartikeln konnte man die These finden, daß alles, was wir bis jetzt in Polen geschaffen haben, eigentlich kein Sozialismus war, sondern eine besondere Art vom 'Staatssozialismus', daß in diesem Staatssozialismus eine Bürokratenkaste entstand, die ein eigenes Klassenbewußtsein besaß, daß diese Kaste der Arbeiterklasse sich entgensetzte und eine Diktatur über die Arbeiterklasse ausübte usw. Manche kommen aus diesen Grunde zu der Schlussfolgerung, dass diese Bürokratenkaste zuerst zerschlagen werden muss, und erst dann der Sozialismus kommen kann. Manche meinen sogar, die Gewährleistung des freien politischen und ökonomischen Kräftespiels sei eine Notwendigkeit und man müsse eine freie Gesellschaft der Produzenten schaffen. Besonders hartnäckig wird diese These von einigen Genossen aus der Redaktion "Poprostu" verfochten."

"Ein stark zentralisierter Staat ist bekanntlich ein notwendiges Merkmal der Klassengesellschaft. Ein starker Staat ist für die Arbeiterklasse nicht nur zum Kampf mit den Feinden, sondern auch zum Bau des Sozialismus notwendig. Notwendig ist eine zentrale Planung und eine zentrale Lenkung der gesamten Volkswirtschaft. Indessen hört man bei der Diskussion über die Arbeiterräte auch Stimmen, die im Grunde genommen nichts anderes als Zerstückelung der gesamten Volkswirtschaft in Arbeiter-Aktiengesellschaften und Zulassung des freien Kräftespiels zwischen einzelnen Betrieben verlangen.

Solche Haltung ist natürlich unsinnig und reaktionär, weil sie die Entwicklung der Wirtschaft bremsen würde und ausserdem sowohl eine Anarchie in der Produktion als auch eine Bereicherung der einen Betriebe auf Kosten der anderen mit sich bringen würde.

Ebenfalls einen objektiv reaktionären Charakter hat die von manchen aufgestellte Forderung, alle politischen Parteien zu legalisieren, die es sich nur wünschen, ganz unabhängig von ihren wirklichen politischen Zielen. Diejenigen Genossen, die das verlangen, sollen sich überlegen, ob sie wirklich daran glauben, daß reaktionäre Gruppierungen ein "Gentlemen-agreement" wirklich respektieren würden und auf Terror und Sturz der Volksmacht verzichten würden."

In einer Rede, die er vor dem ZK des Sozialistischen Jugendverbandes hielt ("Trybuna Ludu" vom 23. März) gibt MORAWSKI unumwunden zu, daß es im Lande kritische Stimmen gibt, die die jetzige GOMULKA-Linie als Abkehr vom Oktober betrachten. Er sagte:

"Manche Genossen vom SJV meinen, daß der Oktober 'gestoppt' wurde, oder gar, dass die Partei von den Positionen, die sie im Oktober eingenommen hat, jetzt abgeht."

"Zum Revisionismus schwanken die Genossen, die die Meinung vertreten, die jetzige Tätigkeit der Parteiführung läge auf der konservativen Linie. Sie sagen, unser Oktober müsse inner nach vorne schreiten, aber wenn man sie fragt, wohin soll er fortschreiten, so bleibt die Antwort meistens aus. Aufrichtiger sind schon solche Genossen, die zugeben, daß sie ein Programm nur auf 'Nein' zu formulieren vermöchten, natürlich wenn man eine Negation als Programm bezeichnen kann."

3) Die Parteien in Volkspolen

"Trybuna Ludu" befasst sich am 13. März mit der Rolle der Parteien in Polen nach dem Oktoberumschwung:

"Der im Oktober vollzogene Umschwung schuf ein neues politisches Klima,

neue Möglichkeiten für das Wirken und für die Gespaltung der Politik des Landes, dank derer die Parteien ihre Autorität unter den Massen wiedergewinnen können.

Das Bestehen der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, der Vereinigten Bauernpartei und der Demokratischen Partei als miteinander zusammenarbeitende selbständige Parteien ist weder eine künstliche noch eine vorübergehende Erscheinung. Diese Parteien haben in Volkspolen eine objektive gesellschaftliche Basis. Ihre Existenz und Tätigkeit ergibt sich aus unserer Vergangenheit und aus der Wirklichkeit des heutigen Tages.

Grob gesehen kann man sagen, daß die werktätigen Massen unseres Landes von drei Parteien repräsentiert werden - von der PVAP, der VVP und der DP. In diesem Bündnis der drei Parteien spielt die PVAP eine besondere Rolle. Sie ist die Partei der Arbeiterklasse, der revolutionärsten und am konsequentesten um Fortschritt und Sozialismus kämpfenden Klasse. Die Arbeiterklasse fornt das Leben der gesamten Gesellschaft. Die Arbeiterklasse und ihre Partei waren die Haupttriebkraft der großen Umwälzung, die sich bei uns im Oktober vollzogen haben. Das ist der Grund dafür, daß die Bauernmassen, die Intelligenz, die Handwerker und ihre politischen Parteien die PVAP als die führende Kraft anerkennen, die maßgeblichen Einfluss auf das Leben des Landes und der Nation ausübt. Heute liegt der Aufbau des Sozialismus in Polen in ihrem gemeinsamen Interesse. Doch die Parteien spiegeln auch die Unterschiede zwischen der Arbeiterklasse und den anderen Klassen und Schichten der Nation wider. Diese Unterschiede sind eine Folge der gesellschaftlichen Arbeitsteilung, der unterschiedlichen Vergangenheit und Tradition. Diese Unterschiede haben sich bei uns noch nicht verwischt, die einzelnen Klassen und Schichten haben ihre spezifischen, mitunter sogar widersprechenden Interessen, die aufeinander stoßen.

Damit die Interessen der einzelnen Schichten und Klassen nicht unterdrückt werden, damit sie sich Gehör verschaffen können, haben diese Schichten und Klassen die Möglichkeit, vermittels ihrer Parteien, die in ihrem Schoße herangewachsen und herangereift sind, zu wirken und ihrer Meinung Ausdruck zu geben. Dies ist die reale Basis für die Existenz mehrerer fortschrittlicher politischer Parteien in unseren Lande, was eines der spezifischen Merkmale der Volksdemokratie in Polen ist...

Im Ergebnis wird die Volksmacht gefestigt, wird die Basis, auf die sie sich stützt, erweitert, wird die Verantwortlichkeit für die Entwicklung des Landes gleichmäßiger verteilt, werden neue Menschen und Bevölkerungskreise aktiviert, die bis dahin am politischen Leben des Landes keinen aktiven Anteil nahmen....

Zusammenfassend kann festgestellt werden, daß das Typische unseres Weges zum Sozialismus darin besteht, daß es neben der P.V.P. verbündete politische Parteien gibt, die in der Nationalen Front zusammenarbeiten. Dies ist eine reale und positive Erscheinung, eine der Voraussetzungen dafür, daß der polnische Weg zum Sozialismus ein demokratischer Weg wird, möglichst frei von Fehlern, der möglichst rasch und wirksam das Lebensniveau des Volkes erhöht."

4) Grenzen der politischen Freiheit

Die seit Anfang März erscheinende neue Wochenzeitschrift "Polityka" gilt als ein Organ, das die jetzige Parteilinie GOMULKAs widerspiegelt. In einem Artikel, der in der ersten Nummer veröffentlicht wurde, entfaltet ein Mitarbeiter der Zeitung ein verlockendes Bild der Zukunft. Als Ausgangspunkt nimmt er die These, daß die Beschränkungen der Demokratie in den derzeitigen polnischen Verhältnissen nicht über den Schutz der verfassungsmässigen Grundlagen des Staates hinausgehen dürfen und schreibt weiter:

"Je mehr sich die sozialistische sozial-ökonomische Struktur unserer Gesellschaft festigt, je weniger ein Zurück von den sozialistischen Produktionsverhältnissen möglich sein wird, desto kleiner wird der Bereich jeglicher Beschränkungen der politischen Demokratie werden müssen - bis sie schliesslich in der Praxis völlig in Fortfall kommen...

Die bürgerlichen Demokraten in Frankreich haben einst die Agitation für die Wiederherstellung der Monarchie als schweres Vergehen angesehen. Heute verlangt kein vernünftiger Mensch in diesem Lande eine Gefängnisstrafe für die Gruppe der Royalisten, die von Zeit zu Zeit an das Recht des Grafen von Paris auf den Thron der Bourbonen erinnern. Wir haben uns vom Kapitalismus noch nicht so weit entfernt, wie das heutige Frankreich vom Feudalismus...

Doch diese Perspektive müssen wir im Auge behalten, und man kann die gegenwärtige Entwicklungsetappe der sozialistischen Demokratie auf keinem Fall als endgültig & oder vollkommen ansehen..."

5) Darf ein sozialistischer Staat bei Kapitalisten Kredite aufnehmen?

Am 17. März befasst sich "Trybuna Ludu" mit dem Problem, ob ein sozialistischer Staat bei einem kapitalistischen Staat Kredite aufnehmen darf.

"Manche Genossen bei uns und im Ausland befassen sich mit der Tatsache, dass die Regierung Volkspolens mit den führenden imperialistischen Staaten über Aufnahme von Krediten verhandelt. Sie sehen darin einen Abweg des 'eigenen Weges', wenn nicht gar eine Erscheinung des 'Nationalkommunismus'. Die Sache scheint jedoch nicht so kompliziert zu sein....

Hat der Marxismus-Leninismus irgendwo vorgesehen, daß wir in einem kapitalistischen Lande nur gegen Bargeld oder "ollars einkaufen dürfen? Als gute Kauflleute - und Kommunisten sollten auch gute Kauflleute sein - sollten wir vielmehr, wenn nötig, nach einer Möglichkeit der Kreditaufnahme trachten. Selbstverständlich dürfen damit keine politischen Bedingungen verbunden werden."

6) Sorgen mit der Jugend

Das Politbüromitglied Jerzy MORAWSKI - vor drei Jahren "der junge Mann" BIERUTs, jetzt "der junge Mann" GOMULKAs - hielt vor dem ZK des Sozialistischen Jugendverbandes eine Rede, die wir teilweise schon an anderer Stelle zitierten. MORAWSKI sprach von den Schwierigkeiten der Arbeit auf dem Gebiet der Jugendorganisation und stellte fest:

"Es lässt sich nicht bestreiten, daß das Interesse für Politik bei der Jugend absinkt und die Unlust, sich zu organisieren, bei der Jugend immer grösser wird."

(Nach "Trybuna Ludu" vom 23. März)

Er rief die Jugend auf, sich nicht auf die allgemeinen, wenn auch schön klingenden Losungen zu beschränken, sondern sich in erster Linie - ohne die allgemein politischen Aufgaben zu vergessen - konkreten Aufgaben zu widmen, wie etwa dem Problem der Arbeiterräte, der Rolle der jugendlichen Arbeiter in diesen Räten, sowie berufliche, soziale und Existenzprobleme der Jugend usw. aufzugreifen.

Ein grosser Teil seiner Rede war der Bekämpfung des Revisionismus gewidmet.

"Überlegt", rief er den Zuhörern zu, "was für einen politischen Primitivismus (so kann ich es im besten Falle nennen), eine Erklärung eines Sekretariatsmitgliedes des ZK des SJV, die wir hier gestern hörten, enthält:

'Uns alle hat der Kampf mit dem Stalinismus gestaltet.'

Uns Kommunisten gestaltete der Kampf mit der kapitalistischen Ausbeutung und Versklavung wie auch der Kampf um die Macht für das Volk, der Kampf um den Sozialismus."

Die Empörung, die der Begriff "Kampf mit dem Stalinismus" in MORAWSKI erweckt hat, ist sehr bezeichnend. Man sieht hier bildlich, daß die Abkehr vom Oktober zumindest in den Losungen schon ziemlich fortgeschritten ist. Die Schwierigkeiten, die man bei der Organisierung der Jugend hat, sind nicht von der jetzigen Parteileitung verschuldet:

"Manche Leiter des Sozialistischen Jugendverbandes sind der Meinung, die

die Ursachen (der bisherigen organisatorischen Mißerfolge) lägen darin, daß die Partei die Positionen des Oktobers verlassen habe und auf dem Rückzuge sei."

MORAWSKI bestreitet aber, daß der "polnische Oktober" stehen geblieben sei. Hier sei vielmehr die Passivität der Jugend schuld. Zum Schluss seiner Rede sagte MORAWSKI:

"Die Partei will eine kämpferische, dynamische, bewusst politische und sozialistische Organisation der Jugend. Eine Organisation, die wirklich imstande ist, die Politik in die Massen der Jugendlichen zu tragen, und die Jugend zum Bau des Sozialismus zu führen...

Wenn die Organisatoren des SJV das gleiche wollen, wenn sie in diesem Sinne handeln, dann werden sie aus der jetzigen Sackgasse herauskommen und die gesamte Jugend Polens beeinflussen können...

Ich möchte hier betonen, daß die Partei diese Forderungen nicht als eine Möglichkeit von vielen stellt - es ist für sie die einzige. Eine andere Lösung werden wir nicht akzeptieren. Ich hoffe, Sie wünschen dasselbe wie wir."

Mit diesen Worten schloss MORAWSKI seine Rede. Er warnte also die Vertreter des SJV, andere Wege zu suchen als die, die jeweils von der Parteiführung bestimmt werden. Die Leiter des Verbandes werden sich zweifelsohne beugen. Wird das auch die Jugend tun? Kaum, sie wird einfach ausweichen und sich in ihrer Masse von jedweder Organisation fernhalten.

7) Verminderung der Streitkräfte

Am 25. 3. beschloss die polnische Regierung eine weitere Verminderung der Streitkräfte um 44.500 Mann. Das ist schon die dritte Verminderung in der Armee während der letzten 2 Jahre. Insgesamt wurden auf diese Art und Weise 141.500 Mann aus den Streitkräften entlassen. Für die jetzige Reduzierung mag wohl der Hauptgrund in erster Linie in einer Sparmassnahme zu sehen sein.

II. Wirtschaft

1) Staatshaushaltsplan 1957

Der polnische Finanzminister verlas vor dem Sejm den Gesetzesentwurf für den Staatshaushalt 1957. Er sieht auf der Einnahmenseite 140,3 Milliarden Zlotys (um 9 % mehr als im Vorjahre) und auf der Ausgabeseite 138,8 Milliarden Zlotys (um 13 % mehr als im Vorjahre) vor. Die Ausgaben für die Landesverteidigung betragen jetzt 10,2 Milliarden Zlotys, das sind um 2 Milliarden Zlotys weniger als vor einem Jahr.

2. Fünfjahrplan wird revidiert

Am 27. März hielt der Vorsitzende der wirtschaftlichen Planungskommission, Stefan JEDRYCHOWSKI, eine Rede vor den Leitern der Provinzialverwaltungen. Einen wesentlichen Teil seiner Ausführungen widmete er der Notwendigkeit, den Fünfjahrplan 1956 - 1960 zu korrigieren. Im Jahre 1960 wird man also nach Angaben von JEDRYCHOWSKI nicht 110 Mill. to, sondern nur 105 Mill. to Kohle, ebenso nicht 7,2 Mill. to, sondern nur 6,8 Mill. to Rohstahl haben. Auch die Produktion der Elektroenergie und der chemischen Industrie wird die ursprünglich vorgesehene Höhe nicht erreichen können. Insgesamt soll die industrielle Produktion im Verlauf des Fünfjahrplanes nicht um 53 %, sondern nur um 50 % steigen, wobei hauptsächlich die Gruppe "A" (Produktion der Produktionsmittel) durch die Kürzungen betroffen wird, wogegen die Gruppe "B" schneller als vorgesehen wachsen soll.

3) Oberschlesien in der polnischen Wirtschaft

Der Anteil der oberschlesischen Produktion an der polnischen Wirtschaft beträgt: Kohle = 90 %, Rohstahl = 85 %, Elektroenergie = 40 %, Eisenerz = 40 %. Die industrielle Produktion des oberschlesischen Gebietes macht 25 %, die Zahl der Beschäftigten 35 % von Gesamtpolen aus.

Auch die grösste Parteiorganisation befindet sich in Oberschlesien. Sie zählt etwa 175.000 Mitglieder.

4) Keine Abkehr von den sozialistischen Prinzipien im Sozialismus

Der ehemalige Parteichef und Vorgänger GOMULKAS, der jetzige Landwirtschaftsminister, Edward OCHAB, stellte am 6. 3. auf einer Konferenz fest, daß die derzeitige landwirtschaftliche Politik der Partei keine grundsätzliche Abkehr vom Sozialismus bedeutet.

"Es werden Stimmen laut, die unser neues Landwirtschaftsprogramm kritisieren. Die 'Sektierer' behaupten, daß unsere neue Politik eine Abkehr vom Sozialismus bedeute. Das Bestreben, die Produktivität der einzelnen Bauernwirtschaften zu heben, soll angeblich die Grundlagen des Sozialismus

bedrohen. Unsere Partei denkt nicht daran, darauf zu verzichten, den Sozialismus auf dem Lande aufzubauen, ebenso wie sie ihn in der Stadt aufbaut. Beim Aufbau des Sozialismus auf dem Lande werden wir immer nach einer konkreten Analyse der Lage gehen." ("Trybuna Ludu" vom 7. März). "Droht uns eine kapitalistische Entwicklung auf dem Lande?" fragt "Trybuna Ludu" vom 12. März.

"Der Hauptinhalt der neuen landwirtschaftlichen Politik ist die Aufhebung aller Beschränkungen in der Produktion bei allen Bauernwirtschaften (auch Großbauernwirtschaften), Wiederaufbau aller Formen des genossenschaftlichen Wesens auf dem Lande und die Garantie für ihr wirklich selbständiges Funktionieren. Diese Richtung unserer Politik stieß bei uns im Lande und auch im Auslande in manchen Kreisen auf Mißverständnisse und sogar Beunruhigung. Insbesondere wirft man uns vor, daß wir die Möglichkeit einer kapitalistischen Entwicklung auf dem Lande eröffneten und dadurch eine unmarxistische Politik treiben, das Bündnis zwischen Arbeitern und Bauern unterhöhlen und auf den sozialistischen Umbau der Landwirtschaft verzichten."

Das Blatt weist die Beschuldigungen zurück, Es meint, die allgemeine Situation im Lande ermöglicht eine viel bessere Kontrolle der kapitalistischen Kräfte in der Landwirtschaft, als dies in der SU vor der Kollektivierung der Fall war.

"Eine viel grössere Gefahr für die Volksmacht ist durch die Fortsetzung der alten Fehler gegeben, die die Verbundenheit mit den Massen des Bauern-tums schwächen, als dass den kapitalistischen Elementen auf dem Lande eine Entwicklungsmöglichkeit gegeben wird, da wir diesen Prozess lenken können."

Nach der Meinung des Blattes wird die kapitalistische Gefahr auf dem Lande zu sehr übertrieben.

5) Grenzen der privaten Initiative in der Industrie

Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" führte vor ein paar Wochen eine neue Rubrik ein: "Die Leser fragen, wir antworten." Am 3. März antwortete der Vorsitzende der wirtschaftlichen Planungskommission, Stefan JEDRYCHOWSKI, auf die Frage, was als obere Grenze für die Entwicklung der Privatindustrie vorgesehen sei. Im Jahre 1947 zählte die polnische Privatindustrie 17.000 Kleinbetriebe mit über 140.000 Beschäftigten. Wie aus dieser Zusammenstellung hervorgeht, spielt diese Industrie fast keine Rolle. JEDRYCHOWSKI meint, die private Industrie könne nur in den Branchen existieren, in denen die verstaatlichte Industrie nicht alle bestehenden Produktionsmöglichkeiten völlig ausnützen kann. Dazu gehören in erster Linie: Produktion der Baustoffmittel, Torfgewinnung und Zweige der Lebensmittelindustrie, die

auf der Basis leicht verderblicher Rohstoffe arbeiten. Im übrigen sprach sich JEDRYCHOWSKI für die Konzessionierung der Privatbetriebe aus.

III. Soziale Probleme

1) Der Staat kann nicht nachzahlen

Am 19. November des vergangenen Jahres, als man nach dem Oktoberumschwung dabei war, vieles gut zu machen, was in der Vergangenheit den Bürgern ange-tan wurde, hatte das Parlament ein Gesetz über die Rückzahlung der rückständigen Forderungen aus dem Arbeitsverhältnis beschlossen. Es handelte sich dabei um zurückgehaltene Prämien, die den Arbeitern nicht ausgezahlt waren, zu niedrig berechnete Überstunden usw. GOMULKA und seine Leute waren sich damals nicht im klaren, was für eine Lawine sie damit ins Rollen gebracht hatten. Hunderttausende von Geschädigten meldeten ihre Ansprüche. Die Summe der registrierten Ansprüche überstieg 9 Milliarden Zloty.

Nur ein kleiner Teil dieser Forderungen wurde erfüllt. Dann wurde es klar, daß der Staat weder heute noch in absehbarer Zeit imstande sein würde, alle berechtigten Ansprüche zu befriedigen, wenn er nicht ein wirtschaftliches Chaos heraufbeschwören will. Man hatte dem Parlament einen Gesetzesentwurf vorgelegt, der eine Tilgung aller Ansprüche voraussieht. Der Parteichef GOMULKA begründete am 21. März vor den kommunistischen Sejm-Abgeordneten die Notwendigkeit dieser Maßnahme.

"Wäre es richtig", so sagte er, "Milliarden von Zloty in den nächsten Jahren für die Bezahlung der manchmal schwer feststellbaren Ansprüche auszugeben? Es wäre sicher gerechter und richtiger, diese Summe in den nächsten Jahren für eine weitere Lohnerhöhung, die die jetzt am schlechtesten bezahlten Beschäftigungsgruppen betreffe, abzuzweigen."

GOMULKA lehnte auch eine von manchen Abgeordneten vorgeschlagene Stundung ab und meinte, auch nach 5 Jahren würde die Auszahlung einer solchen Summe die Volkswirtschaft schädigen. Seiner Ansicht nach dürfte kein polnischer Arbeiter sich dadurch geschädigt fühlen, was in einem kapitalistischen Staat verständlich sein könnte.

"Ein Kapitalist würde ein auf solche Weise erspartes Geld in die eigene Tasche stecken, während ein Volksstaat das geschehene Unrecht, wenn auch nicht in dieser direkten Form, so doch auf andere Weise wieder gutmachen wird. Dieses Geld kann beispielsweise in Investitionen angelegt werden, was wiederum später die Möglichkeit einer Lohnerhöhung schafft... Darum, - so meinte Gomulka - "werde ich nicht wie andere Genossen es ausgedrückt haben, schweren Herzens für diesen Gesetzesentwurf stimmen, da ich der Meinung bin, es wird nicht schwer sein, den Arbeitern klar zu machen, dass dieses Gesetz notwendig ist. Es ist nicht richtig, wenn man

so überlegt: Geben oder nicht geben. Das Problem liegt nun einmal so: Der Staat kann nicht geben, er hat keine Möglichkeit dazu."

Einige der Diskussionsredner wiesen darauf hin, daß die Arbeiter ihre berechtigten Forderungen mit den Mitteln des Streiks verteidigen werden. Darauf erwiderte GOMULKA:

"Heute sieht die Lage so aus, daß durch einen Streik nichts zu erreichen wäre. Denn die wirtschaftliche Lage wird dadurch nicht besser, sondern das Gegenteil tritt ein. Wir dürfen unter dem Druck eines Streiks unrealisierbaren Forderungen nicht nachgeben, wenn wir eine wirtschaftliche Katastrophe verhindern wollen. Wir haben eine solche Situation, und wir müssen das den Arbeitern sagen..."

Vor dem Parlament sprach sich nur ein parteiloser Abgeordneter gegen den Gesetzesentwurf aus, da dieser seiner Ansicht nach den Bürgern das Recht nimmt, berechtigten Ansprüchen nachzugehen. Die katholischen Abgeordneten meinten, das Gesetz verletze zwar die wohlerworbenen Rechte der arbeitenden Menschen, trotzdem hätten sie anerkannt, daß die besonders schwierige Situation des Staates das Gesetz rechtfertige.

2) Arbeitslosigkeit

Die Umstellung der polnischen Wirtschaft nach den Jahren der stalinistischen Planungsmethoden, die die Realitäten fast völlig ausser acht liessen, hat eine Gefahr heraufbeschworen, die man schon seit Monaten andeutungsweise erwähnt: Die Arbeitslosigkeit. Ein Publizist der Jugendzeitschrift "Poprostu" ging sogar so weit, daß er den "Export der Arbeitskraft" empfahl. Er meinte, man müsse den Menschen, die im Lande keine Arbeit finden, eine Auswanderungsmöglichkeit schaffen und schlug vor, die polnischen Arbeiter nach Französisch-Afrika zu schicken, wenn dort die Erschliessung der Sahara beginne. Dieses Projekt wurde inzwischen in der Presse lächerlich gemacht, in dem man darauf hinwies, dass es in den polnischen Westgebieten noch genug Platz für "wirtschaftliche Erschliessung" gäbe.

In "Zycie Warszawy" (17./18. März) versucht man die spezifisch polnischen Ursachen zu finden und kommt zu folgendem Schluss:

Die älteren Jahrgänge, die normalerweise schon lange das "produktive Alter" überschritten haben und sich eigentlich als Rentner zur Ruhe setzen sollten, bleiben im Arbeitsverhältnis, da die Altersrenten so niedrig sind, daß sie praktisch ein Dahinsiechen bedeuten. Es fehlt also der normale Abgang der älteren Jahrgänge von den Arbeitsstellen.

Die berufliche Aktivierung der Frau, die als eine der grössten Errungenschaften des Sozialismus gefeiert wurde, erwies sich in Polen als ein Fluch. Die berufliche Arbeit der Frau hat - bei der gleichzeitigen Primitivität der Wohn- und Verkehrsverhältnisse (lange Zufahrten zur Arbeitsstelle), bei der Unzulänglichkeit aller sozialen Einrichtungen - das normale Familienleben völlig zerstört.

Das Warschauer Blatt schreibt, daß, als der Minister für Volkswohlfahrt vorschlug, die Lohnzulagen für Kinder zu erhöhen, er, der Minister, über 300 Zuschriften von berufstätigen Frauen erhielt. Alle diese Frauen, ohne eine einzige Ausnahme, schrieben: Wenn die Zulagen erhöht würden, verzichten wir mit Wonne auf den Beruf.

Die grösste Arbeitslosigkeit herrscht zurzeit gerade in den Frauenberufen. Der Abgang eines Teilens der Frauen, die nur deshalb berufstätig sind, weil der Ehemann allein nicht genug verdient, um die Familie zu ernähren, würde sicher das Problem der Arbeitslosigkeit sehr vermindern. Aber eine Erhöhung der Kinderzulagen bringt die Notwendigkeit mit sich, mehr als 10 Milliarden Zloty für diesen Zweck bereitzustellen, was wiederum in der derzeitigen Lage utopisch ist.

Auch eine wesentliche Rentenerhöhung ist nicht zu erwarten. Also wird sich nichts ändern können. Das Blatt kommt zu sehr pessimistischen Schlussfolgerungen. Im Gegensatz zu anderen Publizisten, die dieses Problem behandelten, glaubt das Blatt nicht, dass das Problem der Arbeitslosigkeit vorübergehend ist.

B. Polen und das Ausland

1) Grußbotschaft GOMULKAs an das ungarische Volk

Aus Anlaß des Jahrestages der ungarischen Revolution von 1848 richtete GOMULKA an das ungarische Volk eine Grußadresse, die von vielen Menschen sowohl in Ungarn als auch in Polen sicher als eine Schande empfunden wurde. In dieser Adresse hiess es:

"Das polnische Volk hat mit tiefem Mitgefühl die kürzliche Tragödie des ungarischen Volkes miterlebt, als - zu dem Zeitpunkt, da sich Volksungarn auf den Weg der Wiedergutmachung der Fehler der Vergangenheit begeben hat - konterrevolutionäre Kräfte den wahnsinnigen Versuch unternommen haben, die sozialistische Ordnung zu stürzen. Ich bin überzeugt, daß das von der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei entworfene Programm den einzigen richtigen Weg zeigt, aus den augenblicklichen Schwierigkeiten die Ungarn durchmacht, herauszukommen."

Nicht alle in den beiden Ländern haben die aufrichtigen und mutigen Worte vergessen, die GOMULKA im Oktober und November aus Anlass der ungarischen Revolution von 1956 fand. Heute glaubte er, seinem staatsmännischen Verantwortungsgefühl Worte schuldig zu sein, die für die ungarischen Freiheitskämpfer eigentlich eine Ohrfeige bedeuten.

2) Ein Publizist wird gerügt

Am 3. März veröffentlichte Tadeusz SZAFAR, ein polnischer Publizist, in der Kattowitzer Wochenzeitschrift "Przemiany" einen Artikel, in dem er den Verhältnissen in der Bundesrepublik eine, von der offiziellen Linie weit abweichende Beurteilung zuteil werden liess. Er schrieb u.a.:

"Die Bevölkerung Westdeutschlands ist vielleicht in ganz Europa am meisten friedliebend und antimilitaristisch eingestellt."

Die Richtigkeit dieser Behauptung wird von der parteiamtlichen "Trybuna Ludu" (Ausgabe vom 10. März) in Abrede gestellt. Dort lesen wir:

"Es scheint, dass im Vergleich zur Vorkriegszeit der Wehrpolitik des westdeutschen Staates und das Verhältnis der Bevölkerung zum Militär sich tatsächlich geändert habe. Es ist aber auch bekannt, dass das alte Deutschland sich durch seine Aggressivität und seinen militärischen Geist in der gesamten westlichen Welt besonders auszeichnete. Jetzt, nach der Niederlage im letzten Kriege und der völligen Umgestaltung der Kräfteverhältnisse hat sich auch in Westdeutschland viel geändert. Man muss aber die Grenzen dieser Änderung sehen. Deutschland ist keine Großmacht mehr und kann über die Weltpolitik nicht entscheiden."

"Die westdeutschen Politiker und militärischen Experten haben keine Eile, ihren Staat zu rüsten, weil niemand ihre Sicherheit bedroht und sie sich mit den modernsten Waffen rüsten wollen. Manche naive Menschen betrachten diese Taktik als einen Beweis dafür, dass der westdeutsche Staat die militärische Karte nicht ausspielen will. Dieses Programm wird im Grunde genommen durch alle legalen politischen Parteien Westdeutschlands gestützt, auch durch die SPD."

Das Blatt meint, dass auch die antimilitaristische Einstellung der Mehrheit der Bevölkerung in letzter Zeit merklich nachlässt.

Auch eine andere These des Szafar-Artikels wird bezweifelt. Szafar schrieb:

"Die verantwortlichen Politiker sind sich völlig darüber im klaren, daß die Oder-Neiße-Grenze eine endgültige ist. Laut werden sie es aber nicht sagen, solange sie nicht wissen, wie die Öffentlichkeit darauf reagiert."

"Trybuna Ludu" meint dazu:

"In der westdeutschen Politik gibt es neben einer realen Strömung auch eine solche, die der Potsdamer Grenze gegenüber unversöhnlich feindlich eingestellt ist. Diese Strömung existiert nicht nur in dem BHE, sondern auch in der CDU und SPD. Es hat keinen Sinn, so zu tun, als ob man diese Strömung übersehen könne."

3) Nachspiel des HARICH-Prozesses

Der Auftritt des "DDR"-Generalstaatsanwaltes MELSHEIMER im HARICH-Prozess, in dessen Verlauf er bekanntlich auf gewisse Hoffnungen und Spekulationen der HARICH-Gruppe in bezug auf GOMULKA-Polen hinwies, hat den Stillstand des Pressekampfes zwischen Polen und der "DDR" unterbrochen. Die parteiamtliche "Trybuna Ludu" hat am 14. März sehr scharf darauf reagiert und dabei auch dem "brüderlichen" Organ "Neues Deutschland" einige Hiebe erteilt:

"Als wir diese Worte lasen, (gemeint ist Melshaimers Anklagerede) konnten wir uns des Eindrucks nicht erwehren, daß das alles wie ein Vorwurf klingt, die Umwälzung in Polen inspirierte Harich zu den Handlungen, die Gegenstand des Prozesses wurden. Es kann aber auch sein, dass dieser Eindruck eine Folge der unfähigen und bedauernden Berichterstattung von 'Neues Deutschland' ist..."

Wir wollen hier sehr entschlossen und unzweideutig eines feststellen: Wir wissen nicht, wie Wolfgang Harich und seine Mitangeklagten die Veränderungen in Polen interpretierten. Das ist auch nicht wichtig. Wichtig dagegen ist, dass keinerlei Anlass besteht, Volkspolen einer gegen die DDR gerichteten Handlung zu verdächtigen..."

Man muss aber auch bemerken, daß der Generalstaatsanwalt eines befreundeten Staates solche allgemein gehaltenen, ernstesten aber nicht verdienten Vorwürfe nicht an unsere Adresse richten dürfte."

4) Internationale Garantie

Polens Ministerpräsident CYRANKIEWICZ begab sich Mitte März auf eine ausgedehnte Reise nach den süd- und ostasiatischen Staaten. Am 27.3. hat er auf einer Pressekonferenz in Delhi Fragen der Journalisten beantwortet. Einige dieser Fragen lauteten: Welche Lösung der deutsch-polnischen Grenzfrage er für positiv halte. Die Antwort CYRANKIEWICZ war: "Eine internationale Garantie für die Oder-Neisse-Grenze. Wir glauben, dass das die beste Distanzierung von gewissen revisionistischen Tendenzen wäre."

CYRANKIEWICZ meinte weiter: "Ich möchte noch hinzufügen, dass wir jetzt keine direkte Grenze mit der Bundesrepublik haben, sondern nur mit der DDR, die unsere westliche Grenze voll anerkennt. Wir können uns ein wiedervereinigtes Deutschland, das diese Tatsache durchstreichen sollte, nicht vorstellen."

5) Repatriierungsabkommen Polen- SU

Am 25. März wurde zwischen Polen und der SU ein Repatriierungsabkommen unterzeichnet. Ein Protokoll zu dieser Frage wurde schon im November 1956 während des GOMULKA-Besuches in Moskau verfertigt. Damals hiess es, dass alle Polen, die auf dem Gebiet der SU leben und Verwandte in Polen haben, sich repatriieren lassen können.

Das kürzlich unterzeichnete Abkommen berücksichtigt die polnischen Wünsche noch mehr und ermöglicht eine Repatriierung aller Personen polnischer und jüdischer Nationalität, die am 17. September 1939 die polnische Staatsangehörigkeit besaßen.

Die ehem. ukrainische, weißruthenische und litauische Bevölkerung Ostpolens wird also von diesem Abkommen nicht betroffen. Die Dauer des Abkommens gilt bis Ende 1958.

In Warschauer politischen Kreisen hat man die Zugeständnisse der SU als sehr weitgehend empfunden. Sie haben die polnischen Erwartungen sogar übertroffen. Im allgemeinen kommentiert man das ungewöhnliche Entgegenkommen von der sowjetischen Seite als einen Versuch, GOMULKA in seiner augenblicklichen Parteilinie zu stärken.